

FRAGE

Welche Wachstumsrate des Brutto-Inlandsprodukts erwarten Sie für 2011?

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Die Exportmärkte werden nicht so anziehen, wie es für weiteres starkes Wachstum erforderlich wäre. Erfreulich wird dennoch der Rückgang der Arbeitslosigkeit sein, allerdings nicht durch mehr Arbeit, sondern durch mehr Rentner. Eine Stärkung der Binnennachfrage gibt es deshalb nicht.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das Tempo der aktuellen Aufholjagd lässt sich nicht durchhalten.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Der Aufholprozess mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten läuft aus; Impulse aus dem Export werden schwächer.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Der Aufschwung hat bereits an Breite gewonnen. Sowohl Export als auch Binnennachfrage tragen dazu bei. Wir erwarten im kommenden Jahr auch einen größeren Beitrag des privaten Verbrauchs, da sich die Arbeitsmarktsituation weiter verbessern wird und Löhne ansteigen werden. Wir sehen auch keinen Einbruch in der Auslandsnachfrage, da die Schwellenländer weiter wachsen werden und die USA nicht in eine neue Rezession fallen wird.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Der Aufschwung setzt sich auf breiterer Basis fort, wenn auch mit etwas geringerem Tempo. Die Exportstärke schiebt die inländischen Investitionen und den Arbeitsmarkt an – und zunehmend auch den heimischen Konsum.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Der Aufschwung wird breiter, d.h. moderate Exportverlangsamung, während die Binnennachfrage zusehends an Kraft gewinnt.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Die aktuelle RWI-Prognose liegt bei 2,5%. Der Auftrieb seitens der Außenwirtschaft lässt nach, die Finanzpolitik wirkt restriktiv. Hingegen haben die Konsumnachfrage und die private Investitionstätigkeit Tempo aufgenommen.

Dr. Jörg Krämer Chefvolkswirt, Commerzbank:

Die deutsche Wirtschaft dürfte den Rest des Euroraums auch 2011 hinter sich lassen. Seit der Euro-Einführung sind die Lohnstückkosten in Deutschland kaum gestiegen, die Wirtschaft ist sehr wettbewerbsfähig. Außerdem exportiert Deutschland überproportional viel in die schnell wachsenden Volkswirtschaften Asiens.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Die konjunkturelle Erholung wird durch die Robustheit des Arbeitsmarktes immer stärker auch von der privaten Konsumnachfrage und infolge günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen von den Investitionen getragen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es gibt eine weiterhin hohe ausländische Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten und anziehenden privaten Konsum.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es wird weiterhin besser aussehen, als bislang angenommen.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Unsere aktuelle Prognose liegt bei 2,5%. Der Auftrieb seitens der Außenwirtschaft lässt nach und die Finanzpolitik wirkt restriktiv. Andererseits hat die Konsumnachfrage und die private Investitionstätigkeit Tempo aufgenommen, auch stimuliert durch niedrige Zinsen.

FRAGE

Welche Arbeitslosenzahl erwarten Sie im Durchschnitt in Deutschland für 2011?

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Stärkere Lohnerhöhungen im Laufe des nächsten Jahres werden den Beschäftigungsaufbau etwas abbremsen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Relativ hohes Wachstum führte bereits zu einer Steigerung der Kapazitätsauslastung. Eine weiterhin gute Konjunktur- und Gewinnsituation sowie niedrige Finanzierungskosten dürften die Unternehmen auch zu Erweiterungsinvestitionen anregen. Damit steigt auch die Nachfrage nach Arbeit.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Leichte Impulse für die weitere Entspannung kommen von beiden Seiten des Marktes.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Konjunktur und demographischer Wandel begünstigen eine drastische Reduktion der Arbeitslosigkeit.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Jetzt kommt Jahr für Jahr die Demographieentlastung!

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Je weiter der Abbau der Arbeitslosigkeit voran kommt, desto schwerer vermittelbar die verbleibenden Arbeitslosen. Das bedeutet, dass das Tempo des Abbaus der Arbeitslosigkeit sich auch bei anhaltend guter Konjunktur verlangsamen wird.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Immer mehr Arbeitslose gehen in Rente und fallen aus der Statistik.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Es dürfte zunehmend schwer fallen, die Sockelarbeitslosigkeit zu bereinigen, weil hier strukturell für die modernen Erwerbstätigkeiten ein Mismatch zunimmt und auch das Abstandsgebot zur staatlichen Unterstützung tendenziell eher sinkt - vgl. auch die wieder zu erwartenden „Hartz-IV-Prozesse“.

Dr. Jörg Krämer Chefvolkswirt, Commerzbank:

Eine hohe Arbeitsproduktivität begünstigt einen weiteren Jobaufbau und damit eine anhaltende Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Die Unternehmen wollen weiterhin mehr Personal einstellen. Die lange Zeit relativ moderater Lohnentwicklung ist die Basis für den Beschäftigungsaufbau. Die aktuell gute Konjunktur sorgt zudem dafür, die Lohnzusatzkosten im Zaum zu halten. Ein Grund für die positive Arbeitsmarktentwicklung sind auch die Reformen der Agenda 2010. Der deutsche Arbeitsmarkt ist flexibler geworden. Das Prinzip des Förderns und Forderns sowie die stärkere Aktivierung Arbeitsloser helfen, wobei hier noch Potenziale zu heben sind.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Arbeitsmarkt folgt der Konjunktur erfahrungsgemäß mit ca. einem Jahr Verspätung. Daher werden wir 2011 eine weitere Verringerung der Arbeitslosigkeit sehen. Wie es mittelfristig weitergeht, hängt nicht zuletzt von der Lohnpolitik ab. Ein zu kräftiger Schluck aus der Pulle könnte rasch zum Bumerang werden.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das Wachstum ist mit vorhandenen Kapazitäten zu erwirtschaften.

FRAGE

Irland ist das erste schuldengeplagte Land, das milliardenschwere Hilfen aus dem nach der Griechenland-Krise geschaffenen EU-Rettungspaket erhält. Marktteilnehmer spekulieren bereits darauf, dass weitere Länder folgen könnten.

Glauben Sie, dass auf Sicht von sechs bis zwölf Monate weitere Staaten Mittel aus dem EU-Rettungspaket benötigen könnten? Welche Länder könnten dies sein?

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Alle gipsi-Länder können die Marktzinsen für ihre Anleihen nicht für Neuemissionen bezahlen. Die Zinslast würde die Haushalte sehr schnell überfordern. Deshalb können auslaufende Anleihen oder neue Schulden nur über den Rettungsschirm finanziert werden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

An sich dürften die im Fokus stehenden Länder die Schuldenkrise bewältigen können. Sollten die Refinanzierungskosten weiter steigen, ist ein solches Szenario allerdings nicht gänzlich auszuschließen.

Prof. Dr. Roland Vaubel Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Auch Irland benötigte die Mittel nicht.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Das Misstrauen an den Anleihemärkten bleibt groß, was die Refinanzierung über die Märkte für einzelne Länder (insb. Portugal) sehr teuer machen wird.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Die Iren sind ein Opfer ihrer Banken. Das ist andernorts nicht der Fall.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Die mangelnde Liquidität und das hohe Zinsniveau erschwert es vor allem den kleinen Peripherieländern, neue Mittel am Markt zu „angemessenen“ Konditionen aufzunehmen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Märkte sind nervös und viele der Wackelkandidaten unter den Euroländern müssen demnächst ablaufende Staatsschuld-papiere durch neue ersetzen. Dies wird nur zu steigenden Zinsen möglich sein. In diesem Szenario können leicht weitere Rettungsaktionen notwendig sein.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Die PIIGS-Staaten haben enorme Probleme; es ist nur eine Frage der Zeit, wann Sie tatkräftige Hilfe benötigen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Die Zinsaufschläge sind weiterhin hoch und können von einzelnen Ländern nicht mehr getragen werden. Der Rettungsschirm wird dann die Refinanzierung sichern. Portugal hat starke strukturelle Probleme und damit ein nachhaltiges Wachstumsproblem. Die Zinsaufschläge sind daher bereits so stark angestiegen, dass eine Refinanzierung am Markt zu einem deutlichen Anstieg der Zinslast führen würde. Um dies zu verhindern, wird der Rettungsschirm gebraucht. In Ländern wie Spanien ist die Verschuldungsquote noch niedrig so dass es u.E. zu einer Marktberuhigung kommen wird. Belgien ist aufgrund der politischen Lage eher gefährdet.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Es gibt Staaten in der EU, deren Finanzsituation ähnlich ungünstig ist wie die Griechenlands oder Irlands.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es gibt weiterhin einen hohen Konsolidierungsbedarf.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Es gibt zu viele kumulative Effekte in diesem System, und vor allem ist infolge der amerikanischen Politik (viele Immobilienkredite in der Schwebe; Geldvermehrung mit sehr kritischen langfristigen Folgen für die Finanzmärkte) die „Bottom-line“ nicht erreicht. Und mit steigenden Zinsen wird die Refinanzierung des Landes ein Alptraum.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Es handelt sich um eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Die Erwartungen sind für die Kreditmarktfähigkeit weiterer Staaten pessimistisch, damit ist es wahrscheinlich, dass das pessimistische Szenario tatsächlich auch eintritt.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ich glaube eher, dass man sie dazu drängen wird, wenn es soweit ist.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Ich vermute, dass Portugal auf Hilfe angewiesen sein wird. Bei den anderen denke ich, dass es wohl ohne gehen wird.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Portugal und Spanien haben eine gute Chance, die Lasten aus eigener Kraft zu stemmen; die Märkte übertreiben derzeit.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Portugal und Spanien zahlen auch hohe Risikoaufschläge.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Portugal wird unter Druck der Finanzmärkte geraten, weil es seine Konsolidierung nicht voranbringen wird.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Wenn die Länder ihre Haushaltsdefizite und ihre Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit in den Griff bekommen, kehrt auch das Vertrauen zurück. Gleichzeitig müssen sich die Regierungen rasch auf

eine wirksame ex-ante-Koordinierung einigen, statt mit immer neuen Vorschlägen wie etwa gemeinsamen Staatsanleihen die Märkte zu verunsichern.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Corporate Governance, Universität Wien:

Wer nimmt nicht gerne Geschenke an? Ein konsensorientiertes Deutschland ist nicht in der Lage, wirksam Druck auf die Budgets der Schuldnerländer auszuüben - und die Mehrheit der Mitgliedsländer profitiert von dieser Schwäche.

Dr. Jörg Krämer Chefvolkswirt, Commerzbank:

Wir sehen ein beträchtliches Risiko, dass sich Portugal unter den Rettungsschirm begeben wird.

FRAGE

Der IWF und Belgien haben angesichts der Gefahr eines steigenden Finanzbedarfs für weitere EU-Länder bereits die Ausweitung des bis 2013 geltenden Rettungsschirms ins Spiel gebracht. Die EU-Finanzminister haben am Montag zunächst keine Erhöhung beschlossen. Allerdings ist weiter umstritten, ob die noch knapp 700 Milliarden Euro Kreditgarantien ausreichen, um die Krise einzudämmen. Sollte der EU-Rettungsschirm aus Ihrer Sicht erweitert werden, um die Märkte zu beruhigen?

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wichtiger wäre es, ein geordnetes Insolvenzverfahren für die entsprechenden Länder einzuleiten.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Wenn im Mai ein „Rettungsschirm“ mit der siebenfachen Dimension des Griechenland-Pakets aufgelegt wird, kann nicht im Dezember die gegenüber Mai kaum veränderte Datenlage eine Ausweitung rechtfertigen, es sei denn, man war im Mai oder ist im Dezember ahnungslos.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Was nützt, ist ein Schuldenschnitt jetzt, nicht erst 2013. Um den hieraus resultierenden Bilanzproblemen der kreditgebenden Banken begegnen zu können, sind zusätzliche Mittel erforderlich.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Stattdessen sollte die EZB ihr Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen nach Bedarf aufstocken.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ob die Märkte sich beruhigen oder nicht, hängt von ganz anderen Dingen ab.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Notfalls ja, aber nur wenn der Notfall tatsächlich eintritt.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Man kann hier keine halben Sachen machen. Ein Schirm, der möglicherweise zu klein ist, wird nicht für die dringend notwendige Beruhigung der Märkte sorgen. Es gehört aber unabdingbar eine drastische Verschärfung der Schuldenregeln im Währungsraum und ihre Überwachung einschließlich automatischer Sanktionen dazu. Es reicht nicht, immer wieder nur das Feuer zu löschen, man muss den Kindern vor allem auch die Streichhölzer wegnehmen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Je großzügiger damit umgegangen wird, desto wahrscheinlicher tritt der Fall ein. Und - vor allem bei Irland - gilt: Der Finanzsektor muss aus globaler Sicht endlich massiv schrumpfen, die einzelnen Länder können daran aber aus ihrer Sicht ein Interesse haben, weil sie für die Zeit nach der Krise gut aufgestellt sein wollen. Dieses Gefangenendilemma wird derzeit von der Politik nicht wirklich adressiert.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Je größer der Rettungsschirm, desto größer das moralische Risiko.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Im Moment ist das keine sinnvolle Debatte. Das führt nur zu fehlgeleiteten Erwartungen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Falls Spanien doch unter den Rettungsschirm müsste, wäre das jetzige Volumen wahrscheinlich nicht ausreichend. Um jegliche Spekulation über eine Refinanzierungslücke zu vermeiden, könnte man bereits jetzt eine klare Ansage über eine Ausweitung des Fondsvolumens tätigen.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Es ist zweifelhaft, ob die Ankündigung eines größeren Schirms wirklich beruhigend wirkt, oder ob sie nicht genau das Gegenteil signalisiert, nämlich dass noch mehr Länder ernsthafte Probleme haben.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Es ist zweifelhaft, ob die Ankündigung eines größeren Schirms wirklich beruhigend wirkt oder ob sie nicht genau das Gegenteil signalisiert, nämlich dass noch mehr Länder ernsthafte Probleme haben.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es ist wohl nicht eine Frage des Sollens, sondern des Müssens. Lehman 2.0 möchte niemand haben. Für Spanien reichen die 700 Milliarden nicht aus.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine weitere Aufstockung des Rettungsschirms ist wenig erfolgversprechend, um die Märkte dauerhaft zu beruhigen. Vielmehr sollte die Politik erklären, EWU-Ländern mit Konsolidierungswillen, die massiv unter den Druck der Märkte geraten, auf jeden Fall zu Hilfe zu kommen.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Eine solche Erhöhung würde die betreffenden Länder nur ermuntern, mit ihren Verschuldungen weiterzumachen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Eine Ausweitung des „Rettungsschirms“ weit vor seiner Ausschöpfung könnte eher destabilisierend wirken.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Ein vergrößerter Schirm könnte auch die potenziell betroffenen Länder zur Reduzierung eigener Anstrengungen einladen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die strikte Disziplinierung würde verloren gehen.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Politik sollte klar signalisieren, dass sie handeln wird, wenn Anlass dafür besteht. Eine Voraberrhöhung der Fazilität könnte Spekulationen sogar weiter schüren.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Die Märkte sind hypernervös.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Corporate Governance, Universität Wien:

Das wäre eine Bankrotterklärung für die Wirksamkeit der bisherigen politischen „Erfolge“.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Damit würde die EU deutliche Signale senden, dass sie ihre Währung verteidigen und gravierende Turbulenzen abwenden wird.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Bevor wir Erweiterungen des Rettungsschirms erwägen, sind die Krisenstaaten angehalten, nach eigenen Kräften Lösungsanstrengungen zu unternehmen.

Prof. Dr. Uwe Walz Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Industrieökonomie, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt:

Andere Maßnahmen insbesondere strukturierte Insolvenz für Staaten sind zu bevorzugen

Prof. Dr. Roland Vaubel Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Er sollte geschlossen werden.

FRAGE

Luxemburg und Italien haben im Kampf gegen die Schuldenkrise zudem für die Ausgabe einer europäischen Staatsanleihe plädiert. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat den Vorstoß in einem Interview mit der Financial Times zuletzt nicht mehr so strikt zurückgewiesen wie bislang. Sind Euro-Bonds der richtige Weg?

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

An einer Konsolidierung der Haushalte führt für kein Land der Weg vorbei. Können Länder ihre Staatsschulden durch Euro-Bonds finanzieren, gehen Anreize zur Konsolidierung wegen der dann für sie niedrigeren Zinsen verloren. Außerdem würden Länder wie Deutschland durch höhere Zinsen bestraft.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Damit wird sich die unterschiedliche Bonität der Schuldner endgültig nicht mehr in den Renditen widerspiegeln und das Haftungsprinzip weiter ausgehöhlt. Genau der falsche Weg.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Dann geht die heilsame Wirkung der Zinsdifferenzierung zwischen den Schuldnern unterschiedlicher Bonität verloren.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Dann hätten wir wieder gleiche Zinsen für alle und das Trittbrettfahren begönne von neuem.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Dann müssen wir später mehr und mehr das Durchschnittsrisiko tragen!

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Dann steigen die Zinsen verstärkt auch für Deutschland: 1% mehr Zins sind äquivalent zu 3% des Mehrwertsteuer-Aufkommens - wie wollen wir die Stabilitätsziele der Schuldenbremse erreichen?

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das wäre das Ende jeder Haushaltsdisziplin. Deutschland würde sich damit unwiderruflich in die Hände der Schuldenstaaten begeben. Das darf unter keinen Umständen passieren.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Der Einheitszins der Eurobonds verwischt die unterschiedliche finanzpolitische Seriosität der Euro-Mitgliedsländer und subventioniert („besteuert“) so die Falschen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Die „no bail-out-Klausel“ in den EU Verträgen wurde dazu geschaffen, eine Transferunion zu vermeiden. Zinsdifferenzierungen sollten in Ermangelung einer Fiskalunion als Regulativ für verfehlte Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern dienen. Die aktuelle Krise zeigt, dass dieser Mechanismus grundsätzlich wirkt, allerdings auch zu Übertreibungen und damit zu einer massiven Euro-Krise führen kann. Der Vorschlag einer Einheitsanleihe, bei der alle Staaten der EWU gesamtschuldnerisch haften, würde möglicherweise zu einer Beruhigung an den Kapitalmärkten der Krisenländer führen, allerdings in den „stabileren“ Ländern einen Renditeanstieg nach sich ziehen. Auch ein Kompromiss, der nur eine Teilrefinanzierung (-subventionierung) vorsieht, würde einen entsprechenden (abgemilderten) Effekt haben. In jedem Fall müssen sich die Politiker entscheiden: Wenn man eine Einheitsanleihe einführen würde, wäre dies wahrscheinlich nur mit einer Veränderung der Verträge möglich und damit mit einer Hinwendung zu einer Fiskal- (bzw. Transferunion). Abgesehen von den zeitlichen Restriktionen ist aktuell für dieses Vorhaben noch nicht genügend Akzeptanz in der Gesellschaft und der Politik erkennbar.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Corporate Governance, Universität Wien:

Die Frage ist natürlich, für wen es der richtige Weg ist. Die Grundlage für die Emission von Eurobonds ist zunächst die Konsolidierung der europäischen Finanzpolitik. Diese wäre in der Tat ein Meilenstein für die europäische Integration. So, wie es momentan aussieht, würde diese wohl im wesentlichen von einer Minderheit zu finanzieren sein, zu der Deutschland gehört. Ob es für diese Minderheit der richtige Weg ist, wird entscheidend davon abhängen, ob die europäische Integration am Ende auch gelingt.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Die Länder mit einem soliden Haushalt würden ausgebeutet. Das sind die falschen Anreize.

Dr. Jörg Krämer Chefvolkswirt, Commerzbank:

Dies führte in eine Haftungsunion. Aber es käme dann wohl trotzdem zu gemeinsamen Anleihen, wenn die Staatsschuldenkrise zu eskalieren drohte.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Eine Angleichung des europäischen Zinsniveaus auf einen Durchschnittszins der Euroländer kann nicht im Sinne der Kerneuroländer sein. Die Zinsen für Bundesanleihen würden sich in der Folge auch drastisch erhöhen. Der deutsche Steuerzahler kann die Euro-Peripherie nicht retten.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine gemeinsame Haftung erhöht die Verschuldungsanreize.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine solche Maßnahme würde zu viel Transferunion bedeuten.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Erforderlich sind Zinsen, die sich an den Risiken einzelner Länder orientieren. Euro-Bonds sind auf dem Weg dahin keine Hilfe.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eurobonds können erst dann ein gangbarer Weg sein, nachdem die Eurozone eine effektive Schuldenbremse installiert hat.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Euro-Bonds verschärfen die Krise, da Anleger dann keine nationalen Anleihen der Krisenländer mehr zeichnen würden.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Eurobonds würden letztlich die Solidarität über das bewährte Prinzip der Subsidiarität stellen. Dieses hält Staaten zunächst an, nach eigenen Kräften Lösungsanstrengungen zu unternehmen, bevor diese Solidarität einfordern. Kommt ein Land dennoch in Schwierigkeiten, sollte über weitere Maßnahmen nachgedacht werden. Eine gemeinsame Staatsanleihe brächte hingegen nicht-risikogerechte Zinssätze für Staatsanleihen mit sich – und höhere Zinszahlungen für Deutschland. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass das den Anreiz bietet, sich über Gebühr zu verschulden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Gegen die Ausgabe einer europäischen Staatsanleihe sprechen die negativen Anreizeffekte. Die unbedingt notwendige Marktdisziplin würde nicht gefördert.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Im vorgeschlagenen Rahmen (bis maximal 40% der Wirtschaftsleistung eines Landes) ja. Ergänzt werden müsste dies durch eine stärkere gegenseitige Kontrolle.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Keine Eurobonds, solange keine flächendeckende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stattgefunden hat.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Können Länder ihre Staatsschulden durch Euro-Bonds finanzieren, so stellt sich die Frage nach der finanzpolitischen Verantwortung. Einzelne Staaten erfahren bei unsolider Finanzpolitik keine Sanktionierung mehr durch die Märkte, was ein „moral hazard“-Problem schafft. Wer übernimmt dann aber die Kontrollfunktion? Der Stabilitätspakt hat das bisher nicht geschafft.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Nein. Jedes Land muss für seine eigenen Schulden gerade stehen. Dies war die Voraussetzung für den Euro.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Nur bis zu einer gewissen Grenze sind sie vertretbar (z.B. 60% des BIP); darüber hinaus ist jedes Land auf sich gestellt.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Sie wären der Weg in die kollektive europäische Verschuldungspolitik. Die Anreizwirkungen auf fiskalische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten wären sehr negativ.

FRAGE

Die SPD hat sich für eine Kürzung des Kindergeldes ausgesprochen, um den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen finanzieren zu können. Halten Sie das für den richtigen Weg?

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Zur Finanzierung von Bildung müssen an anderer Stelle als beim Kindergeld Einsparungen vorgenommen werden. Eine Kürzung würde die Diskussion um das Existenzminimum und um die Höhe von Sozialtransfers neu entfachen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Sicher ist, dass der Ausbau von Kitas und Ganztagschulen dringend erforderlich ist, und dass das natürlich auch viel Geld kostet. Grundsätzlich erscheint mir bei der Kinder- und Familienförderung ein stärkerer Fokus auf den Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur zwar sinnvoll. Ich halte aber nichts davon, zur Finanzierung dieser Maßnahmen an die bestehenden direkten Zahlungen an die Familien zu gehen. In den vergangenen Jahren ist das Kindergeld spürbar angehoben worden. Damit wurde es zu einem wichtigen Bestandteil des Familieneinkommens. Jetzt wieder den umgekehrten Weg einzuschlagen und diese Mittel zu kürzen, erscheint mir kontraproduktiv und widerspricht dem verständlichen Wunsch nach Planungssicherheit, den im Übrigen nicht nur Eltern haben. Aus meiner Sicht vorstellbar wäre hingegen, künftig auf etwaige Erhöhungen des Kindergeldes zu verzichten und stattdessen diese Mittel direkt in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen fließen zu lassen.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Sachleistungen sind hier Geldleistungen immer vorzuziehen, da man bei letzteren nie weiß, ob sie bei den Kinderen ankommen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Nicht jeder braucht z.B. eine Ganztags schulbetreuung. Alternativ könnte man für die Ganztagsbetreuung von den Eltern einen Beitrag verlangen, den sie über einen Teil des Kindergelds finanzieren könnten. Damit würden nur diejenigen für die Betreuung zahlen, die sie auch in Anspruch nehmen.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Nein. Zurück zum „real existierenden“ Sozialismus?

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Man müsste dann wieder die alten Steuerfreibeträge für Kinder einführen, die aus verteilungspolitischen Gründen durch das für alle einheitliche Kindergeld ersetzt wurden. Der Vorschlag ist deshalb entweder populistisch oder undurchdacht.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Man müsste beides fördern. Kinder sind unsere Zukunft und die demographische Situation ist die große Schwäche Deutschlands.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Kitas und Ganztagschulen sind wichtig, Kindergeld ist es auch. Beides ist aus dem allgemeinen Steuertopf zu finanzieren. Eine Politik, die Prioritäten zugunsten der Zukunftsfähigkeit des Landes setzen will, muss die Belastung an den Alten ansetzen, nicht an den Kinder in die Welt Setzenden.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Corporate Governance, Universität Wien:

Kindergeld sollte ein kurzfristiger Anreiz sein, insbesondere bedürftigen Familien in jungen Jahren den Kinderwunsch zu ermöglichen. Da Deutschland demographisch stark schrumpft, sollte man politisch entweder mit dem Kindergeld dagegen ankämpfen oder aber anderenfalls das Schrumpfen systematisch durchführen. Mit noch geringeren Kinderzahlen könnte man sich die Kitas auch gleich sparen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Keine allgemeine Kürzung, aber eine einkommensabhängige Zahlung von Kindergeld wäre sinnvoll.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ja, denn es geht um bessere Bildungschancen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ja, aber der Weg ist schwierig, weil man den Kinderfreibetrag nicht senken kann wegen des Existenzminimums.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Ich würde eher bei Ehegattensplitting und dem Kinderfreibetrag sparen als beim Kindergeld, das gerade auch ärmeren Haushalten sehr zugute kommt.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Für durchdacht halte ich diesen Vorschlag nicht. Hier gilt es, verfassungsrechtliche Grenzen zu beachten, was die steuerliche Belastung des Existenzminimums angeht. Es ist schwer vorstellbar, das Kindergeld zu senken, den Kinderfreibetrag aber unverändert zu lassen.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Es zeigt sich, dass ökonomische Anreize die Fertilitätsrate nicht gesteigert haben.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Eltern sollten selbst entscheiden, was für ihre Kinder gut ist.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Eine solche Politik würde immer mehr beide Eltern aus ökonomischen Gründen zur Berufstätigkeit zwingen. Die Option, zumindest zeitweilig die Kinderbetreuung eigenverantwortlich in der Familie durchzuführen, sollte weiter bestehen bleiben.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Aufgabe ist wichtig (Kitas, Ganztageschulen), aber die Finanzierung muss auch so zu stemmen sein.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Der Staat ist nicht klüger als das Individuum!

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Der Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige ist wichtig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisieren zu können, und er sollte konsequent umgesetzt werden. Der Finanzierungskompromiss von Bund, Ländern und Gemeinden hat bereits 2007 eine wichtige Etappe zum Betreuungsausbau bis 2013 festgelegt. Diese sollte zunächst erreicht werden, bevor über weitere Maßnahmen nachgedacht wird.



Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das Kindergeld lebt von der Fiktion von Eltern, die die besten Agenten ihrer Kinder sind. Das ist zwar populär und in (bildungs-)bürgerlichen Haushalten auch Realität, aber gerade in den Problemfällen ist es das nicht. Deshalb kann man Chancengleichheit für Kinder nicht einfach durch pauschale Überweisungen herstellen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Das Kindergeld hat seit 1996 eine seltsame Zwitterstellung zwischen verfassungsrechtlich gebotener Steuerentlastung und zusätzlicher Familienförderung. Es ist dadurch sehr viel aufwändiger, als es sein müsste, ohne dass Ziele und Wirkungen dieser Maßnahme klar sind.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, , SEB AG Portfolio Management:

Auf diese Weise würden die Leistungen den Kindern stärker direkt zugutekommen.